

## Antifaschistische Gedenkfeier

### Otto Grüneberg

\* 07.02.1908 † 01.02.1931

Gedenken allein reicht nicht, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Eine Erinnerungs- und Gedenkkultur muss Gegenwartsbezüge thematisieren, weil sie sonst zum Ritual erstarrt. Nur so können Gedenkveranstaltungen – wie die heutige – zu wichtigen Orten der Demokratie- und Menschenrechtsbildung werden.

Die Gedenkkultur im Nachkriegsdeutschland blendete die Täter aus. Diffuse Bezeichnungen von Tätergruppen wie „Der Engste Kreis um Hitler“ oder „KZ-Schergen“ oder „Hundertfünfzigprozentige“ führten dazu, dass die Täter zu Ausnahmefällen erklärt werden konnten, mit denen die restliche Bevölkerung nichts zu tun hatte. Oder man beschrieb sie gleich als Wesen von einem anderen Stern, von denen man sich an Gedenktagen mit Abscheu abwenden konnte. Zuschauer und Mitläufer, die sich kritiklos unterordneten und an herabwürdigenden Schandprozessionen beteiligten, bei denen Menschen gedemütigt, stigmatisiert und ausgegrenzt wurden, bekamen so eine vergleichsweise harmlose Rolle zugewiesen.

Die Herrschaft des Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Wenn wir heute der nationalsozialistischen Verbrechen gedenken, müssen wir uns die Frage stellen, wie sich eine moderne Gesellschaft in kürzester Zeit in eine radikale Ausgrenzungsgesellschaft verwandeln konnte.

Bereits vor ihrer Machtergreifung ebnete die Sprache der Nazis den Boden für die Gewalt gegen politische Gegner. Otto Grüneberg war eines der ersten Opfer des Nazi-Terrors. Am 1. Februar 1931 wurde er vom SA-Sturm erschossen.

Gewalt fängt mit der Verrohung der Sprache an. Die Nationalsozialisten nutzten gezielt Begriffe, um Minderheiten zu entmenschlichen und Taten zu relativieren. Personen mit den Metaphern „Parasiten“, „Schädlinge“ oder „Bazillus“ zu bezeichnen, bedeutete sie zu entmenschlichen. So sollte die Sprache das Mitgefühl für alle Menschen zerstören, die nicht zur sog. „Volksgemeinschaft“ gehörten. Eine solche enthumanisierende Darstellung von Menschen bereitete sprachlich ihre massenhafte Ermordung vor und war ein erster Schritt auf dem Weg nach Auschwitz.

Die aktuelle politische Entwicklung in Deutschland unterstreicht die Notwendigkeit, den Sprachgebrauch im Nationalsozialismus zu reflektieren und die heutige Verwendung von Sprache kritisch zu hinterfragen. Denn „Worte können sein wie winzige Arsendosen; sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da“, so der Philologe und Chronist Victor Klemperer.

Natürlich gab es in der Politik schon immer Versuche, mittels verzerrender Sprache, durch selektive, schönrednerische oder verhüllende Informationen die öffentliche Meinung zu manipulieren, öffentliche Kritik zu unterdrücken oder zu tabuisieren.

Aber ...

- ... wer die nationalsozialistischen Verbrechen als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bagatellisiert,
- wer „Kopftuchmädchen“ in eine Reihe mit Taugenichtsen stellt,
- wer friedliche Ausländer als „Kameltreiber“ diffamiert,
- wer „Lügenpresse“ skandiert und
- wer den Schießbefehl an deutschen Grenzen auf Flüchtlinge fordert,

der schafft den Resonanzraum für Gewaltbereitschaft und greift die Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats an.

Mit dem Erstarken des Rechtspopulismus hat sich der öffentliche Diskurs verändert: er wurde rauer, hasserfüllter, er wurde von rechtsradikalem Gedankengut vereinnahmt und deren Parolen sickern langsam ins öffentliche Bewusstsein ein. Die Folge: Was gestern noch als radikal oder gerade noch akzeptabel galt, erscheint heute als gemäßigt oder sogar als normal.

Und wenn Parteien der gesellschaftlichen Mitte aus reinem Kalkül nun so zu klingen versuchen wie Rechtspopulisten um an deren Wählerstimmen ranzukommen,

- wenn ein Bundesminister 69 Abschiebungen nach Afghanistan freudig mit seinem 69. Geburtstag in Verbindung bringt,
- wenn sich dieser Sprachgebrauch bis an Kabinetttische ausbreitet,
- wenn von Regierungsparteien politische Positionen oder Denkfiguren aus der rechtsradikalen Ecke kopiert werden, wie „Asyltourismus“, „Flüchtlingslawine“ oder „Anti-Abschiebe-Industrie“, und
- wenn die „Festung Europas“ propagiert wird,

dann machen sie sich zu Handlangern derer, die sie zu bekämpfen vorgeben, dann befeuern sie die Verrohung der Sprache und tragen zur Verharmlosung des Rechtsextremismus bei. Dieser Opportunismus ist mitverantwortlich dafür, dass sich ein ganzes politisches Spektrum nach rechts verschoben hat.

Um zu verhindern, dass die Toleranzschwelle gegenüber rechtem Gedankengut immer weiter abnimmt, braucht es die klare Konfrontation, damit die Grenzen des Sagbaren wieder dort gezogen werden, wo Zivilgesellschaft aufhört und Faschismus anfängt.

Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten infolge ökonomischer und sozialer Veränderungen Einbußen erlitten. Deren subjektives Gefühl benachteiligt zu werden, hat eine reale Basis. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass berechtigte Zukunfts- und Abstiegsängste in einem globalisierten Finanzmarkkapitalismus von Rechtspopulisten zu einem Konflikt zwischen Inländern und Ausländern umgedeutet werden.

Notwendig ist jetzt eine umfassende Wertediskussion, die die existenziellen Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen im Blick hat und den politischen Diskurs mit Fragen der innovativen und zeitgemäßen Gestaltung unserer Gesellschaft bestimmt. Die Tradition der Vernunft und der Aufklärung muss ebenso verteidigt und weiterentwickelt werden wie unser Rechtsstaat und unsere Demokratie. Allein demokratische Antworten auf alles Undemokratische stärken die Demokratie.

Neben den Überzeugungstätern gab es im Nationalsozialismus Menschen, die sich aus Angst vor Repressalien zum Mitmachen oder Wegsehen verleiten ließen. Aber es gab ebenso Antifaschisten, die vorlebten, dass Widerstand selbst unter extremen Bedingungen möglich ist. Ihren Einsatz im Kampf für eine bessere Gesellschaft mussten Viele mit dem Leben bezahlen. Otto Grüneberg ist eines der Gesichter dieser mutigen Antifaschisten.

Für uns ergibt sich aus der Furchtlosigkeit der Widerstandskämpfer die Verpflichtung, dem verbalen Trommelfeuer der Rechtspopulisten und derer, die allzu willfährig nach rechts rücken, Widerstand entgegenzusetzen. Denn Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, die sie schätzen, die sie gestalten und die sie zu schützen bereit sind!

**3. Februar 2019**